

# Das Justizsystem, neue Agenturen und die Finanzen

**Gastkommentar.** Für Rechtsuchende hat sich die Lage eher verschlechtert statt verbessert.

VON MARGRETH TEWS

Seit Langem klagt die Justiz über akuten Geldmangel für den laufenden Betrieb. Peki-när mangelt es an allen Ecken und Enden. Den Rechtsuchenden wird damit zum Beispiel erklärt, warum eine Richterstelle nach einem Dreivierteljahr immer noch nicht besetzt ist und man in der zuständigen Abteilung nicht weiß, wann diese besetzt werden soll.

Auf Verhandlungsprotokolle muss man oft bis zu einem halben Jahr warten, weil es an Personal in den Schreibabteilungen mangelt. Die Richter klagen über Mehrbelastung. Sie sind laut eigenen Angaben zunehmend frustriert von diesem System.

Wie den Medien zuletzt zu entnehmen war, hat sich die finanzielle Situation der Justiz derartig zugespitzt, dass es, aufgrund neuester Ankündigungen, man werde Richter und Staatsanwälte nicht mehr nachbestellen und einen Aufnahmestopp für Rechtspraktikanten erlassen, bereits massive Proteste, ja sogar Demonstrationen der betroffenen Richter und Staatsanwälte gegeben hat.

Dazu kommentierte der leitende Linzer Oberstaatsanwalt in einer oberösterreichischen Tageszeitung sinngemäß, dass das Geld in der Justiz schon lange knapp, es aber so schlimm wie jetzt noch nie gewesen sei.

## Wo kamen die Mittel her?

Trotz der seit Jahren bestehenden finanziellen Problematik wurde 2009 eine eigene Justizbetreuungsagentur (JBA) errichtet. Diese ist eine Anstalt öffentlichen Rechts und stellt der Justiz Personal in fünf unterschiedlichen Bereichen bereit: Strafvollzug (Betreuungspersonal), Familien- und Jugendgerichtshilfe, Kinderbeistand, Amtsdolmetscher und Experten.

Dadurch wurden, mit immensen finanziellem Aufwand, speziell im Familienrecht, Posten für psychosoziale Berufe, als Teil der Justiz, somit nicht mehr neutral und unabhängig, geschaffen. Wo kamen die dafür investierten Sum-

men her, da doch die Justiz unter akutem Geldmangel litt und leidet?

Während man Einsparungsmaßnahmen über die Medien kolportiert, es seitens der Richter, Staatsanwälte etc. öffentliche Proteste dagegen gibt, laufen die Kosten für die Familiengerichtshilfe (FamGH) monatlich weiter.

## Therapie statt Strafe

Der laufende Betrieb der FamGH kostet monatlich rund 2,5 Millionen Euro und verlängert de facto die Verfahren! Doch wurden nicht nur im Familienrecht Posten für psychosoziale Berufe geschaffen, sondern auch im Strafrecht, im Bereich Drogenkriminalität.

So wurde etwa 2006 eine Rahmenvereinbarung mit einem Verein getroffen, der in Kooperation mit dem Justizministerium therapeutische Maßnahmen nach dem Grundsatz „Therapie statt Strafe“ anbietet, die drogenabhängigen Straftätern statt einer Haftstrafe eine probate Behandlung ihrer Sucht ermöglichen sollen.

Der psychosoziale Ansatz dazu erscheint plausibel, allerdings: Hatten sich die Ausgaben der Justiz 2006 noch auf 4,85 Millionen Euro belaufen, so hat sie 2016 für die therapeutische und medizinische Behandlung von Suchtmittelabhängigen insgesamt 8,41 Mio. Euro aufgewendet.

Allein, auch hier liegt das Problem wieder bei den handelnden Personen. Der einstige Geschäftsführer, Psychotherapeut und gerichtlich beideter Sachverständiger eines dieser Vereine, wurde unlängst strafrechtlich verurteilt: Verkauf von falschen Drogentests!

Generell lässt sich sagen, dass die Situation für den Rechtsuchenden durch die Integration der psychosozialen Berufe als Teil der Justiz keinesfalls verbessert wurde, sondern sich aufgrund längerer Verfahrensdauern weiter verschlechtert hat.

Margreth Tews ist Lebens- und Sozialberaterin, Coach und Mediatorin, mit Spezialisierung Familienrecht.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

## QUERGESCHRIEBEN

VON CHRISTIAN ORTNER



# Huch, „Nationalmannschaft“! Ist das nicht schon NS-Wiederbetätigung?

Dass „Nation“ und „Nationales“ wieder an Ansehen gewinnen, liegt nicht an der Dummheit der kleingeistigen Wähler, sondern am Versagen des Postnationalen.

Nicht nur Bundeskanzlerin Angela Merkel warnt mit sturer Beharrlichkeit im aktuellen Drama um die Kontrolle der deutschen Grenzen vor illegaler Zuwanderung vor „nationalen Lösungen“. Glaubt man dem, was in diesen Tagen Spitzenpolitiker und das mediale Kommentariat im Stakkato von sich geben, dann ist nämlich der Nationalstaat die größte Bedrohung der Menschheit seit der Erfindung der Atombombe.

Von der deutschen Kanzlerin bis zum französischen Staatspräsidenten, Emmanuel Macron, von Alexander Van der Bellen bis zum EU-Kommissionspräsidenten, Jean-Claude Juncker, wird vor den „Gefahren des Nationalismus“, dem „Aufwallen nationalistischer Strömungen“ oder dem „Neuen Nationalismus“ mit einer Inbrunst sondergleichen gewarnt.

Selbst Kardinal Schönborn hat, schon vor einiger Zeit, den Nationalismus die „Ursünde Europas“ genannt. Und egal, ob es gerade gegen Trump, Putin oder sonst einen globalen Bösewicht geht – der Vorwurf des Nationalismus gehört zum Standardrepertoire der damit verbundenen Invektive.

„Nation“ und davon abgeleitet „national“ oder „Nationalismus“ sind derzeit übel beleumundet. Dass bei der Fußball-WM noch „Nationalmannschaften“ gegeneinander antreten, ist in diesem Kontext eigentlich erstaunlich. Grenzt so ein widerlicher Begriff nicht schon an nationalsozialistische Wiederbetätigung?

Nun stimmt zweifellos, dass Nationalismus viel Unglück angerichtet hat in Europa. Und es stimmt auch, dass nicht wenige Probleme der Gegenwart vom Nationalstaat nicht so gut gelöst werden können wie von größeren politischen Entitäten. Schließlich trifft auch zu, dass die Neigung zu nationalstaatlichen Politiken und die Aversion gegenüber transnationaler Politik nicht nur in Kontinentaleuropa stark zugenommen hat, sondern genauso in den USA oder im Vereinigten Königreich; in gewisser Weise auch in Russland oder der Türkei.

Doch nichts ist kontraproduktiver als die im Milieu der politischen und medialen Eliten weit verbreitete Neigung, dem

aus irgendeinem Grund jählings vertrottelten Wähler dafür die Schuld zuzuweisen, der zu blöd ist, mit seinem Spatzenhirn die Segnungen postnationaler Politik zu behirnen. Und dem dafür ordentlich eins mit der Nationalismuskeule übergeben werden muss, damit er wieder zu Sinnen kommt und aufhört, die neuen Konkurrenten des bisherigen politischen Establishments zu wählen.

Dass die Wähler in fast ganz Europa wieder nationalistische Politiker und Politiken stärken, liegt nämlich in erster, zweiter und dritter Linie am weitgehenden Versagen jener Politiker, Politiken und übernationalen politischen Gebilde,

die uns als dem engstirnigen, provinziellen und gestrigen Konzept der Nation in jeder Hinsicht überlegen angeordnet worden sind.

Hätte das wirklich funktioniert, kaum jemand weinte dem Nationalstaat heute eine Träne nach. Hat es aber nicht – und das gebiert neuen Nationalismus, nicht die Dooftheit der Regierten. Am besten sieht man dieses

Phänomen natürlich in der alles beherrschenden Völkerwanderung der Jahre 2015 ff. und ihren Folgen.

Wenn bis heute die (theoretisch) transnational organisierte Kontrolle des Zuzugs von Illegalen durch das Schengen-Abkommen noch immer nicht effizient funktioniert, wer kann es dann Deutschen, Österreichern oder Dänen verargen, dass sie sich ersatzhalber eben Kontrollen durch die Nationen an deren Grenzen wünschen? Das ist nicht „dumpfer Nationalismus“, sondern pragmatische Vernunft und ein legitimes Bedürfnis der Bevölkerung.

Politik, die den vermeintlich oder auch tatsächlich grassierenden neuen Nationalismus bekämpfen will, hat dazu nur eine einzige gute Option: das, was sie sich an die Stelle der nationalen Politik wünscht, so zum Funktionieren zu bringen, dass sich niemand mehr nach dem nationalen Weg zurücksehnt. Politische Publikumsbeschimpfungen hingegen werden da eher weniger hilfreich sein.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

## Zum Autor:

Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet „ortneronline“. Das Zentralorgan des Neoliberalismus“.

## Morgen in

„Quergeschrieben“: Es kann der beste Mieter nicht in Frieden leben, wenn es die Hausverwaltung nicht will: Bei der Einführung einer neuen Messmethode für Heizkosten kommt es zu Fehlern. Von Anneliese Rohrer.

schrumpften, vom Subventionsgeber kritiklos hingenommen und offensichtlich nie hinterfragten Avantgarde-Festelchen in Krems auszutoben, für das es in Österreich nur eine Handvoll Interessierte gibt, ob in Wien oder in der Provinz. Die Festwochen zu verstümmeln ist fahrlässig. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Wiener Kulturpolitik das erkannt hat!

Dietmar Haslinger, 3100 St. Pölten

## Die Regierung arbeitet ihr Programm ab

„Immer laut, Islam!“ rufen. Damit niemand merkt, was sonst passiert“, „Quergeschrieben“ von Sibylle Hamann, 20. 6. Sie kritisieren, dass die Regierung unhaltbare Zustände thematisiert und dann „böse“ Aktivitäten gegen die Bevölkerung setzt. Kann man so sehen. Mein Gegenentwurf wäre: Die Menschen in Österreich wollen nicht so viele Migranten aus anderen Kulturen. Speziell die islamischen Gemeinden werden vom Ausland instrumentalisiert.

Und dann macht die Regierung Österreich durch Arbeitszeitflexibilisierung international wieder konkurrenzfähig.

Im Übrigen arbeitet endlich eine Regierung ihr Programm ab, für das sie gewählt wurde. Linke Sybille, allein zu Haus. Die Menschen sind nicht so blöd, die wissen schon, was passiert. Selbst wenn Sie massiv polemisieren!

Mag. Berthold Cvach, 3004 Riederberg

## Es ist nicht die FPÖ allein

Dieser Einschätzung ist im Großen und Ganzen zuzustimmen; so wird „Politik“ inszeniert und damit anderes im Windschatten umgesetzt. Nur: Das ist nicht die FPÖ allein; die Rolle der wie immer farbigen ÖVP wird dabei ausgeblendet und damit vernachlässigt. Mit Verlaub: Diese Rolle halte ich für wesentlich gefährlicher für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft; die FPÖ zerreißt es eh regelmäßig an ihren inneren Widersprüchen und Unfähigkeiten... Wolfgang Neulinger, 1180 Wien

## Abschottung ist nicht die Lösung

„Weite Teile wurden durch Globalisierung verheert“, Leserbrief von Christian Werner, 21. 6.

Auf die Behauptung Josef Urschitz, die Globalisierung sei „das größte Armutsbekämpfungsprogramm, das der Globus je gesehen hat“, reagiert die Linke erwartungsgemäß mit einem Pawlow'schen Reflex, war doch Globalisierung in den letzten Jahrzehnten eines der größten Feindbilder linker Überzeugungen. Dass diese Reaktion gegen alle Fakten spricht, wie man dem statistischen Armutsbericht der Weltbank unschwer entnehmen kann, macht die Sache schon bemerkenswerter.

„Ideologie vor Fakten“ mag linken wie rechten Populismus befeuern, ein Erfolg versprechender Weg in eine bessere Welt ist es nicht. Prekäre Arbeitsverhältnisse und große soziale Fragen der Dritten Welt stellen die reichen Industrienationen weiterhin vor enorme Herausforderungen. Aber Ab-

schottung ist keine Lösung. Auch unsere Gesellschaft musste durch die industrielle Revolution, um letztlich jenen Wohlstand zu erreichen, den Entwicklungsländer sich noch erkämpfen müssen.

Dkfm. Mag. Peter Mayer, 1230 Wien

## Dankbar, „Zweitsprache“ Dialekt zu beherrschen

„Wappla, Koffa, Leachalschas“ (zur „Asterix“-Ausgabe „Streit um Asterix“ im Wiener Dialekt, Anm.) von Wolfgang Freitag, 21. 6.

Vom feinsinnigen Herrn Molden hätte man sich durchaus Besseres vorstellen können. Wenn man diese Kraftausdrücke liest, müsste man sich ja schämen, weil man oft und gern im privaten Alltagsleben Dialekt spricht. Ich als Hobbylyrikerin, die hauptsächlich in Hochsprache denkt und daher auch schreibt, komme, wo es förmlich danach verlangt, hie und da in Versuchung, die Texte in Dialekt zu „übersetzen“; erst da bemerkt man, wie schön, fein und vielschichtig unser Dialekt sein kann.

Ein kleines fragmentarisches Beispiel: *Ein gefiederter Sänger voll Melancholie / sein Lied hoch in den Zweigen / ahnend um die Zeit der Stille singt*

*A Vogerl zwitschert wunderboas / weus waas, dass jetzt boid stada wird / volla Traurichkeit sei Liad*

So geht's eben auch, und man kann dankbar sein, diese „Zweitsprache“ zu beherrschen, zu bewahren, zu pflegen, und muss sich dafür nicht genieren.

Eva Schreiber, 2514 Traiskirchen

## IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: [leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.